

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1918)
Heft: 9

Artikel: Frauenstimmrecht in Ungarn
Autor: Miskolezy Meller, Eugenie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327303>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Winterthur in enger Anlehnung an unsern Verein ein bereits 70 Mitglieder zählender Verband der Damenschneiderinnen gebildet hat. Energisch wird dort auch auf Zusammenschluss der Weissnäherinnen gearbeitet, und dann wird die Möglichkeit eines gemeinsamen Einkaufes der gebräuchlichsten Artikel viel eher zu verwirklichen sein. Ferner sind Anzeichen vorhanden, dass sich auch am See und in Uster Meisterinnenvereine gründen, und wir dürfen dankbar bekennen, dass uns einflussreiche und erfahrene Persönlichkeiten die Vorarbeiten erleichtern helfen. Durch die „Union für Frauenbestrebungen“ liessen wir den „Bund schweizerischer Frauenvereine“ anfragen, ob er uns nicht Hand bieten könnte, um die Organisation der weiblichen Gewerbetreibenden auch in andern Kantonen in Fluss zu bringen. Die Antwort steht noch aus. Die geplante Einkaufsgenossenschaft könnte eben erst kräftig einsetzen und wirksam sein, wenn sie auf möglichst breiter Basis arbeitet. Doch nicht nur der finanzielle Nutzen sollte die Gründung wünschenswert erscheinen lassen, weit wichtiger ist der günstige moralische Einfluss auf die berufstätigen Frauen. Wir lernen nicht nur die Konkurrentin achten, sondern in ihr eine Mitstreberin erkennen, deren Glück oder Unglück immer auf den Nebenmenschen zurückfällt. Die „Grossen“ sollen den „Kleinen“, die Intelligenteren den Ungeschickteren helfen, das soll ein Hauptzweck der Meisterinnenverbände sein. Grosse Aufgaben warten der Lösung, wir fangen ja erst an, darüber nachzudenken.

Frauenstimmrecht in Ungarn.

Die Juni-Nummer von Jus Suffragii enthält in der Zusammenfassung der Monatsereignisse eine Bemerkung, die auf unsere „getäuschten Hoffnungen“ anspielt, weil „der Wahlrechtsentwurf abgewiesen wurde“. Da diese Tatsache zu jener Zeit noch nicht bestand, setzen wir voraus, dass sich die Bemerkung auf die Abstimmung in der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses bezieht, die mit einer einzigen Stimme die ganze Frage aus der Vorlage heraus eskamotierte. (Es sei hier bemerkt, dass unseren parlamentarischen Regeln entsprechend die Diskussion in einer speziellen Kommission der ersten, zweiten und dritten Lesung im Hause vorangeht.) Diese skandalöse Abstimmung erfolgte in einem Moment, wo sechszwanzig von den achtundvierzig Mitgliedern der Kommission abwesend waren, darunter der grösste Teil unserer Freunde, während die wenigen Gegner fast alle anwesend waren. Man erwartete die Diskussion der Frage erst für den nächsten Tag, da verschiedene andere Paragraphen vor derselben behandelt werden sollten; man rechnete darauf, dass viele unserer Freunde zum Frauenstimmrecht das Wort ergreifen würden und die Debatte mehrere Tage dauern werde; doch plötzlich beschloss die Kommission, die Frage zu behandeln. Graf Tisza, der Repräsentant der reaktionären Politik und der Feinde des Frauenstimmrechts in Ungarn, unterstützt von einem Mitglied, dessen übelbeleumdete Persönlichkeit bewies, dass Unmoralität und Korruption die Gegner des Frauenstimmrechtes sind, nahm seinen

Vorteil wahr und beantragte plötzlich, es möge zuerst darüber abgestimmt werden, ob man sich überhaupt mit dem Prinzip des Frauenstimmrechts befassen solle. Die Böswilligkeit der Proposition war offensichtlich, da in der allgemeinen Diskussion der Vorlage 25 Mitglieder der Kommission für das Frauenstimmrecht gesprochen hatten und nur 9 von 48 dagegen. Da sich 34 von den Mitgliedern schon früher für das Frauenstimmrecht erklärt hatten, war die Majorität unserer Anhänger anerkannt. Es wurde abgestimmt, 10 Stimmen für uns, 11 gegen uns, sodass die ganze Frage durch eine Stimme, in Gegenwart von weniger als der halben Kommission, niedergestimmt wurde.

Diese Intrigue, die dazu bestimmt war, das Frauenstimmrecht in Ungarn für die Gegenwart zu vernichten, war absolut erfolglos. Alle Freunde des Frauenstimmrechts waren empört über diese Beleidigung; diejenigen, die sich noch nicht entschieden hatten, welche Partei sie ergreifen sollten, wurden durch diese greifbare Verfolgung der Sache an unsere Seite gebracht; sogar die Gegner fühlten sich beschämt und ungemütlich über die angewandte Methode. Sowohl der Ministerpräsident, als der Referent der Kommission erklärten sofort, anlässlich der Debatte im Hause ein Separatvotum im Interesse des Frauenstimmrechts einreichen zu wollen. Die allgemeine Debatte in der Kommission bewies, dass kein anderer Teil des Entwurfes so grosses Interesse erweckt hatte. Die ganze ungarische Presse benahm sich wundervoll. Dieses Vorgehen der Kommission wurde tatsächlich von sämtlichen Blättern aller politischen Richtungen, sogar von Graf Tisza's eigenen Blättern, streng verurteilt. Dieselben protestierten einstimmig gegen eine derartige Behandlung der Frauenfrage; alle forderten, das Haus möge dieselbe gutmachen.

Dies war hauptsächlich das Resultat und die Belohnung unserer unermüdlichen Propaganda, die trotz der allergrössten Schwierigkeiten unter den durch die Kriegslage hervorgerufenen Hindernissen fortgesetzt wurde, die noch durch willkürliche, unter dem Vorwand der ausserordentlichen Kriegsvollmachten getroffene Dispositionen verschärft wurden.

Am Tage nach der Abstimmung der parlamentarischen Kommission hatten wir Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, dass wir einstimmige, allgemeine Sympathie erworben hatten. Es gelang uns, die Erlaubnis für am 2. Juni abzuhaltende Freiluftversammlungen in den elegantesten und besuchtesten Gartenetablissemments zu erwirken, dort und in den vornehmsten und lebhaftesten Strassen und Parks verteilten wir Flugschriften, die unseren Protest enthielten. Sowohl diese, als unsere Rednerinnen, wurden sehr freundlich empfangen, und wir erhielten viele Zeichen von Sympathie und Achtung.

Die 48 Mitglieder der Kommission erhielten Resolutionen von Protestversammlungen in ihrem Bezirk mit den Unterschriften hervorragender Männer und Frauen desselben. Diese Versammlungen wurden von unseren lokalen Vereinen veranstaltet, und alle Rednerinnen unserer Bewegung wurden in Anspruch genommen. Als der Tag festgesetzt wurde, an dem die Debatte im Plenum beginnen sollte, widmeten wir der allgemeinen Propaganda eine

ganze Woche. Am 20. Juni, als unsere Tätigkeit in den Strassen begann, erschienen Hunderte von Mitgliedern, mit Armschleifen versehen, und verteilten Tausende von Flugschriften an alle Passanten, die an die Arbeit eilten. Diejenigen, die über mehr freie Zeit zu verfügen schienen oder auf den Terrassen der Kaffeehäuser sassen, wurden gebeten, Postkarten zu unterschreiben, in denen sie ihren Abgeordneten aufforderten, das Frauenstimmrecht im Parlament zu unterstützen und dafür zu stimmen. Einen lebhaften Hintergrund erhielt diese Propaganda von den vielfarbigen Plakaten, die von Geschäftsinhabern gerne in den Auslagen befestigt wurden. Jeder Tag dieser Woche war einer speziellen Tätigkeit gewidmet. Deputationen suchten die Redaktion der hervorragendsten Blätter auf, um für deren Freundlichkeit zu danken und um weitere Unterstützung unserer Sache zu bitten. In verschiedenen Berufen arbeitende Frauen: Schriftstellerinnen, Journalistinnen, Lehrerinnen, Beamtinnen, Aerztinnen, Geschäftsinhaberinnen usw. veranstalteten Versammlungen, in deren Resolutionen sie gegen das Vorgehen der parlamentarischen Kommission protestierten, und aus denen Petitionen an das Parlament gerichtet wurden. In den Hauptorten aller Komitate wurden 63 Versammlungen abgehalten; wohlhabende Mitglieder veranstalteten Stimmrechtsréunions in ihren Salons, Geldsammlungen wurden eingeleitet. In allen Theatern wurden während eines Zwischenaktes Stimmrechtsreden geplant, die von den Direktoren bereitwillig gestattet wurden; doch der Polizeichef bildete sich plötzlich ein, dass die Theater den Anhängern des Frauenstimmrechts gefährlich seien, und er verbot jede Ansprache in Theatern, Cabarets usw. unter dem Vorwand, uns vor dem Publikum zu schützen, das stets freundlich gegen uns gewesen war. Der übrige Teil des Programms: Besuche in verschiedenen Clubs, politischen Vereinen und Kasinos, eine grosse Künstlersoirée in der Musikakademie, deren Programm aus Stücken und Gedichten bestand, die unsere besten Schriftsteller für diese Gelegenheit schreiben wollten, und ein grosses Schlussbankett konnten nicht verwirklicht werden aus Gründen, die nicht mit unserer Arbeit zusammenhängen und die wir erst nach dem Kriege mitteilen können.

Während dieser Woche brachten alle Blätter Leitartikel über die Frage, die Witzblätter sehr gute Zeichnungen und geistreiche Bemerkungen. Wir können konstatieren, dass weder in der Presse, noch im Publikum ein Wort gegen das Frauenstimmrecht als Prinzip zu vernehmen war.

Auch die allgemeine Debatte der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus brachte uns grosse Genugtuung, denn keine andere Frage stand so sehr im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, wie das Frauenstimmrecht. Wir erhielten den Eindruck, als handle es sich rein um eine Vorlage für Frauenstimmrecht. Alle Politiker von Namen und Bedeutung sprachen für das Frauenstimmrecht: der Ministerpräsident, die Führer der Parteien, bloss eine ausgenommen, und die hervorragendsten Redner. Es war frappant, wie unbedeutend die Vertreter der Opposition waren, was für schwache Reden sie hielten. Die Regierung und die Parteien, die es unterstützten, kämpften tapfer für das

Frauenstimmrecht. Dass es aber trotz alldem abgewiesen wurde, ist sehr schwer zu erklären und muss von weitem vollkommen unverständlich sein. Bei der Wahl der Majorität unseres Parlaments wurden die Stimmen mit Hilfe einer korrupten Parteikasse gekauft; diese Partei entscheidet in allen Fragen, obwohl sie Oppositionspartei ist. Das Frauenstimmrecht wurde von namenlosen Nullen niedergestimmt, dem Befehl gemäss, den ihr Führer, Graf Tisza, ihnen erteilte. Dieser Führer, der jeden Fortschritt in Ungarn verhindert, wollte von unserer Bewegung nichts wissen, beantwortete niemals einen Brief, wollte niemals mit einem Anhänger des Frauenstimmrechts sprechen, wollte überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen, dass eine Frauenstimmrechtsorganisation existiert. Doch in letzter Zeit liess er sich herbei, eine Deputation zu empfangen; dieser versprach er, den Einfluss auf seine Partei nicht gegen das Frauenstimmrecht auszunützen. Dies versprach er auch der Minorität seiner Partei, die das Frauenstimmrecht befürwortete, ebenso den Leiterinnen des Nationalen Frauenbundes, Gräfin Apponyi und Auguste Rosenberg. Laut Bericht seiner Partei und seiner Bewunderer ist Graf Tisza stets aufrichtig und bricht sein gegebenes Wort niemals. Diesmal brach er es jedoch in der schamlosesten Weise. Er sandte den Mitgliedern seiner Partei (nicht allen) ein Rundschreiben, in dem er die Bitte, gegen das Frauenstimmrecht zu stimmen, recht ausführlich auseinandersetzte. Dieser Brief war in seinem bezauberndsten Stil geschrieben, schmeichelte der Eitelkeit solcher Abgeordneten, die niemals eine persönliche Meinung haben. Graf Tisza gebrauchte seinen Einfluss auf diese Weise und überredete seine Freunde auch durch persönliche Rücksprache, ihn in dieser Frage zu unterstützen. Doch all dies war umsonst. Am 12. Juli, anlässlich der Debatte über das Separatvotum des Ministerpräsidenten und über die Anträge anderer Abgeordneten, die das Frauenstimmrecht auf Grund verschiedener Bedingungen befürworteten — es gab 7 Anträge und 4 Modifikationen — war jedermann davon überzeugt, dass die Majorität für das Frauenstimmrecht ist. Es war sehr interessant zu sehen, wie sehr diese Frage die Mitglieder des Parlaments aufregte. Während der Diskussion anderer Paragraphen waren höchstens 5—40 Abgeordnete anwesend, diesmal waren fast sämtliche Mitglieder der regierungsfreundlichen Parteien und recht viele von der Partei des Grafen Tisza zugegen. Alle Parteien zählten im stillen rasch die Stimmen für das Frauenstimmrecht und fanden, dass es angenommen würde. Die Debatte hätte geschlossen werden können, es gab keine Redner mehr, aber da erhob sich Graf Tisza und sprach bis zum Moment, wo die Sitzung geschlossen werden musste. Dann kam eine Pause von 4 Tagen, und wir wussten, dass die ganze Opposition herbeibefohlen wird; und so kam es. Seit Ausbruch des Krieges war das Parlament, Saal und Galerien, nicht so sehr bis zum letzten Platz besetzt. Es kamen Abgeordnete vom Krankenbett, solche, die ihre Kur im Badeort unterbrochen hatten, die in der dringendsten Erntezeit ihre Feldarbeit im Stiche liessen. Wir wussten, dass eine Verlängerung des Kampfes nicht von Nutzen war, dass die uns befreundete Mino-

rität diese Spannung nicht lange aushalten konnte, während die Majorität ihre überwältigende Zahl ausnützen konnte. Es wurde also abgestimmt; die grösste Stimmenzahl für das Frauenstimmrecht: 106 gegen 146 — viele enthielten sich der Abstimmung — erhielt der konservativste Antrag von allen, der des Abgeordneten Teleszky, Mitgliedes und früheren Finanzministers der Tisza-Partei. Auch das war noch zu viel für den Grafen Tisza; er machte seinen Einfluss von neuem geltend, und so wurde auch der Antrag des Grafen Andrassy niedergestimmt: das Frauenstimmrecht im Prinzip anzunehmen und die Regierung mit der Vorbereitung eines Gesetzentwurfes für Frauenstimmrecht zu beauftragen, der die verschiedenen Versuche im Interesse des Frauenstimmrechts miteinander in Einklang bringt und vereinigt, niedergestimmt sogar von solchen Abgeordneten, die selbst einen Antrag eingereicht hatten.

Im Magnatenhause sollte der Gesetzentwurf, wie gewöhnlich, sehr kurz und ohne das Frauenstimmrecht verhandelt werden, nachdem das Abgeordnetenhaus dieses niedergestimmt hatte. In der speziellen Kommission des Magnatenhauses beantragte ein Mitglied, den Frauen das Stimmrecht zu erteilen; Ministerpräsident Wekerle wünschte jedoch, trotzdem all seine wichtigen Vorschläge vom Abgeordnetenhause zurückgewiesen wurden, dass die Vorlage unverändert die Form behalte, in der sie das Abgeordnetenhaus angenommen hatte. An der Debatte des Magnatenhauses nahmen 7 Mitglieder teil; 4 von ihnen sprachen für das Frauenstimmrecht, bloss einer dagegen. Er erklärte, beten zu wollen, das Frauenstimmrecht möge nicht verwirklicht werden. Als der Ministerpräsident geistreich erwiderte, 2 hohe Würdenträger der Kirche — ein Bischof der katholischen und einer der reformierten Kirche — hätten für das Frauenstimmrecht gesprochen und würden in entgegengesetztem Sinne beten, versicherte er, dass sich sein Ausspruch bloss auf die jetzige kritische Zeit bezogen habe. Ein Mitglied des Magnatenhauses beantragte, die Regierung möge beauftragt werden, das Frauenstimmrecht nicht fallen zu lassen, sondern einen neuen Gesetzentwurf darüber vorzubereiten und in geeignetem Zeitpunkt einzureichen. Er allein stimmte für seinen Antrag. Unser Magnatenhaus leidet, wie jene in anderen Ländern, an Altersschwäche. So endete diese Kampagne für das Frauenstimmrecht in Ungarn.

Im Herbst müssen wir den Kampf von neuem beginnen oder vielmehr fortsetzen; wir müssen bestrebt sein, Graf Tisza's fürchterliche Macht zu brechen, da diese das grösste Hindernis demokratischen Regimes und Fortschrittes in Ungarn ist. Wir sind entschlossen, mit derselben Energie, aber auch mit denselben gesetzmässigen Methoden weiter zu kämpfen wie bisher; wir wollen keinen Anlass zu solchen Argumenten geben, wie sie einige Abgeordnete in der Debatte gegen das Frauenstimmrecht gebrauchten: an der Schwelle des fünften Kriegsjahres, nach 4 Jahren des Blutvergiessens und der Verwüstung brachten sie vor, dass die Frauen das Wahlrecht nicht erlangen können, weil einige Suffragettes in England Bomben in Gebäude gelegt hatten.

Wir wollen mit ungebrochener Energie weiter für unser Stimmrecht kämpfen, denn wir wollen beweisen, dass die Frau in der Politik den Frieden für die Welt bedeutet; deshalb müssen wir sowohl wahlberechtigt als wählbar sein und im Parlament zu Worte kommen. Wir kämpfen weiter für Stimmrecht und Wählbarkeit!

Eugenie Miskolczy Meller.

Frauenwahlrecht in Holland.

Am 21. Mai wurde die Liste der Kandidaten für die Parlamentswahlen im Juli veröffentlicht, die für Frauenstimmrechtlerinnen nicht ohne Interesse ist. Seit dem 12. Dezember 1917 sind die Frauen Hollands im Besitze eines halben Wahlrechts: die Gesetzgeber in ihrer unergründlichen Weisheit erachteten sie nämlich als würdig, Stadt und Land zu regieren, nicht aber zu entscheiden, wer regieren soll. Eine seltsame Anomalie!

Aber der Wille des Volks drückt sich sehr bestimmt aus: die politischen Parteien, alte und neue, nahmen Frauen in die Liste ihrer Kandidaten auf und gaben ihnen zum Teil ganz gute Plätze. So kann nun unser Premierminister, der sich immer brüstete, den Willen des Volkes zu studieren und auszuführen, sehen, dass die holländische Nation entschlossen ist, Frauen an der Seite der Männer in der Regierung des Staates zu haben.

Demzufolge haben alte politische Parteien, wie die Liberalen, und neu gebildete, wie die wirtschaftliche Liga, versucht, Frauen für ihre Listen zu finden, von denen erwartet werden kann, dass ihre Kandidatur günstig aufgenommen und sie eine Anzahl Stimmen für die Partei gewinnen würden. Vier oder fünf Kandidatinnen mögen gewählt werden. Im ganzen stehen 20 Frauen auf den Listen der neun Parteien.

Es ist interessant, die Wirkung des neuen Proportionalwahlsystems auf unsere Wählerschaft zu beobachten. Doch kann diese Wirkung nicht getrennt werden von der grossen Veränderung in den Funktionen von Staat und Regierung, die durch den Krieg verursacht wurde, indem nun die Aufgabe dieser Körperschaften nicht mehr bloss darin liegt, bestehendes Eigentum zu schützen, sondern für das Volk Lebensmittel zu finden und zu verteilen. Die Ansicht der Wähler — jetzt jeder Mann von über 25 Jahren — ist durch die beispiellosen Verhältnisse, in denen wir leben, beeinflusst worden, und neue Parteien haben sich gebildet. Viele beschuldigen unser Parlament und alle seine Mitglieder, die Nöte des Volkes in Redefluten zu ertränken, anstatt den Verhältnissen angemessen zu handeln. Aus diesem Gefühl heraus lehnten sie sich auf gegen unsere Regierung, das Parlament, ja das ganze parlamentarische System, und dazu hielten es zwei oder drei Gruppen von Arbeitern und Angestellten für angezeigt, einen oder zwei ihrer Männer ins Parlament zu bringen, die ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl nur die Interessen ihrer Gruppen, von Schauspielern, Bauern, Kleinhändlern, Soldaten, Polizeidienern oder Feuerwehrleuten zu vertreten haben. Die allgemeine Unzufriedenheit gab Veranlas-